Kein positiver Vorschlag

Autor(en): **Bichsel, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **37 (1981)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844763

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

abzufertigen: mit der Interpretation «gleichwertiger Arbeit» wird viel Schindluder getrieben. Halten wir uns an einen Fall, den die Journalistin Viola Roggenkamp kürzlich in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» aufgriff: Im Langnese-Honig-Unternehmen des Pudding-Papstes Oetker gingen 16 Arbeiterinnen für ihre 51 Kolleginnen vor das Lübecker Arbeitsgericht. Der Arbeitgeber schlug vor, um der geforderten Lohngleichheit willen die Männer herunterzustufen... Schliesslich wurde aussergerichtlich ein Kompromiss ausgehandelt (auf diese Weise schaffen die Lohnkämpfe der Frauen keine Präjudizien für laufende und künftige Verfahren). Statt einer Leichtlohngruppe für alle Honig-Frauen gibt es nun vier bei insgesamt neun Tarifstufen. Die Arbeiterinnen sind – wer hätte anderes erwartet? – wiederum in den untersten vier Gruppen zu finden.

Frau Roggenkamps Schlusspointe: Der Lohnstreit im schleswigholsteinischen Bargteheide sei bis in die Familien gedrungen. Einzelne Frauen hätten beschlossen, nun endlich auch einmal für den Betriebsrat zu kandidieren, was zu Auseinandersetzungen mit den Ehemännern geführt habe. Einer soll sogar gedroht haben: «Wenn du das tust, ist es zwischen uns aus». Fazit: Keine Frau kandidierte. Kommentiert die Journalistin: So wird es nie etwas mit dem gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Es bleibt tatsächlich noch viel zu tun. Nicht zuletzt unser eigenes, tiefsitzendes Rollenverständnis stellt uns gern immer wieder einmal ein Bein. Ein ganz banales Beispiel: Einer voll berufstätigen Frau, die es bisher nicht fertigbrachte, ihre Zweierbeziehung ganz lässig und selbstverständlich, ohne Märtyrerinnengetue an der Erledigung des gemeinsamen Haushalts zu beteiligen, der fällt auch nach dem 14. Juni die neue Souveränität nicht in den Schoss. *es.*

Gleiche Rechte: Jetzt aber ernst machen!

Die im SMUV organisierten rund 15 000 berufstätigen Frauen fordern mit Nachdruck – nach Annahme des Verfassungsartikels über die Gleichberechtigung von Mann und Frau –, dass in allen inskünftig abzuschliessenden Gesamtarbeitsverträgen ausdrücklich die Bestimmung enthalten sein muss: «Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» In diesem Zusammenhang erwarten die Gewerkschafterinnen, dass sämtliche zuständigen SMUV-Brancheninstanzen sich für die Gleichberechtigung der berufstätigen Frau konsequent einsetzen, und appellieren an alle Kollegen, speziell in Betriebskommissionen, im Rahmen ihrer Kompetenzmöglichkeiten dazu beizutragen, die volle Gleichberechtigung am Arbeitsplatz zu verwirklichen. Gleichzeitig müssten gewerkschaftspolitische Mittel und Wege gefunden werden, um die Anwendung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz zu verwirklichen. Gleichzeitig müssten gewerkschaftspolitische Mittel und Wege gefunden werden, um die Anwendung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz wirksam zu überwachen und die Verteidigung dieser Rechte gegebenenfalls juristisch durchzusetzen.

Kein positiver Vorschlag

Es ist eine alte Tatsache: Unterdrückte suchen mitunter ihr Heil darin, dass sie für ihre Unterdrücker plädieren und glauben, das Einzige, was ihnen helfen könnte, sei, die Meinung ihrer Unterdrücker anzunehmen. Dass die Abstimmung über «gleiche Rechte für Mann und Frau» zu einem Witzthema am Biertisch geworden ist, das ist die eine Sache, und sie betrübt mich. Aber offensichtlich hat ein altes Witzthema – die Frau mit dem

Teppichklopfer hinter der Tür usw. – die Männer in dieser Richtung geschult. Wenn von Mann und Frau gesprochen wird, dann fallen den Männern nur noch Witze ein – Zoten zum Beispiel. Was mich viel mehr entsetzte – und das ist wohl die Sache mit den Unterdrückten – ist das, was ich von einzelnen Frauen vor der Abstimmung zu dieser Sache gehört habe.

Zwei ältere Frauen, eine sehr alte Wirtin und ihre Tochter, konnten sich nicht mehr erholen. Ich habe beide vorher noch nie über Politik reden hören, sie interessieren sich nicht dafür und haben keine Ahnung davon. Sie beschwörten mich, dass man nun alles unternehmen müsse, dass dieser «Blödsinn» nicht angenommen werde. Die Welt werde völlig kaputt gehn, denn die Frauen gehörten an den Herd usw. Und ihre Angst war ernst. Sie glaubten voll daran, dass mit diesem Verfassungsartikel die Welt untergehen würde.

Der Verfassungsartikel über die gleichen Rechte – wir alle wissen es – wurde angenommen. Ich treffe am Montag in diesem Restaurant zwei völlig niedergeschlagene Frauen an, und die eine sagt: «Was ist jetzt? Jetzt ist alles kaputt. Was tun wir jetzt? Was müssen wir jetzt tun?»

Die Antwort, die ich ihnen geben konnte oder musste, hat mich selbst erschreckt, die Antwort hiess: «Nichts, gar nichts – ihr werdet nichts tun müssen, es wird zum mindesten vorläufig nichts anders – es bleibt alles beim alten – es wird nun noch Jahre dauern bis entsprechende Gesetze gemacht werden, und die entsprechenden Gesetze werden vielleicht abgelehnt werden – und vielleicht geschieht überhaupt nichts.»

Das verstanden die beiden nicht. Und ich verstehe, dass sie es nicht verstanden haben. Ich gestehe ein, dass ich persönlich nicht weiss, was das überhaupt ist, unsere Verfassung. Ich habe es nie begriffen, und ich habe immer gefragt, und niemand hat es mir erklären können. Ich weiss nur, dass wir kein Verfassungsgericht haben, dass ein Verfassungsartikel erst etwas wert ist, wenn die entsprechenden Gesetze angenommen sind. Das zum mindesten weiss ich – und ich gehöre zu den wenigen, die das wissen. Die meisten meinen, sie hätten nun abgestimmt – Raumplanung, Umweltschutz, Gleiche Rechte – und es sei nun so. Dass einfache Demokraten böse werden, wenn über etwas abgestimmt wird und hinterher alles beim alten bleibt, das verstehe ich. Dass die dann sagen: «Die machen ja doch, was sie wollen», das verstehe ich.

Und da verspricht man sich eine nationale Erneuerung von einer Verfassungsrevision, die wiederum niemand begreifen wird, weil sie wiederum nicht grundsätzlich genug ist.

Ich meine meinen Vorschlag nicht im Ernst, ich meine ihn als Eulenspiegelei – aber vielleicht kämen wir unter diesen Umständen in unserer Demokratie weiter mit der Abschaffung der Verfassung (die ohnehin keine ist) als mit ihrer Revision (die ohnehin keine wird). Das ist, ich gebe das zu, kein positiver Vorschlag. *Peter Bichsel*

(Diesen Beitrag von Peter Bichsel haben wir mit freundlicher Genehmigung dem VPOD-Dienst entnommen. Der Schweizer Autor ist mit «Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennenlernen» und mit seinen «Kindergeschichten» bekannt geworden. In jüngerer Vergangenheit hat er wegen seiner ungeschminkten Analyse der Zürcher Unruhen im «Spiegel» viele Schweizer verärgert – man warf ihm nicht nur «Nestbeschmutzung», sondern sogar «Landesverrat» vor. Dieser Tage wurde ihm ein bedeutender deutscher Literaturpreis zugesprochen: er wird für ein Jahr «Stadtschreiber von Bergen».)